

## Das neue Kolumbien und die Koalition des *Pacto Histórico*: Perspektiven für eine andere Entwicklung?

Rafael Domínguez Martín

Universität Kantabrien, Spanien

[info@extractivism.de](mailto:info@extractivism.de) | [www.extractivism.de](http://www.extractivism.de)



## | The Author(s)

**Prof. Dr. Rafael Domínguez Martín**, University of Cantabria (Spain), holds the chair of economic history and institutions at the University of Cantabria. He is a research fellow at [www.extractivism.de](http://www.extractivism.de)

**Extractivism Policy Brief** is an Open Access online publication downloaded freely at [www.extractivism.de](http://www.extractivism.de). Readers are free to share, copy, and redistribute this document in any medium or format for any purpose, even commercially, according to the the [Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 Germany \(CC BY-NC-ND 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/). Conditions imply that no changes are made to the text, and writers and the [www.extractivism.de](http://www.extractivism.de) project are referenced correctly as the original. Extractivism Policy Briefs publish on social-economic, cultural, political, and timely topics concerning extractivism in both regions. Extractivism.de team is responsible for reviewing, fact-checking, editing, and publishing the final policy briefs. The opinions expressed in each publication are exclusive of the respective authors and do not necessarily reflect the views of the project. Extractivism.de cannot be held liable for any consequences concerning a policy brief following its publication.

© Extractivism.de, 2022, All rights reserved.

## | IN SHORT

EN

- The new Colombian president Gustavo Petro pushes for a transition from an extractivist to a productive economy.
- He needs to address the country's enormous inequalities to achieve long-term peace.
- Agrarian reform and tax reform are urgent and part of the government's plan.
- Mining will continue to be a strategic economic sector and a potential source of social conflicts that can weaken the action of the new government if a dialogue with the affected groups is not established.
- With the new commodity boom coming up, the groups within the government coalition need to negotiate their differences and unite.

DE

- Der neue Präsident Kolumbiens Gustavo Petro drängt auf einen Übergang von einer extraktiven zu einer produktiven Ökonomie.
- Um Frieden zu schaffen, muss er die enormen Ungleichheiten im Land beseitigen.
- Die dringendsten Reformen sind eine Agrar- und eine Steuerreform.
- Der Bergbau wird weiterhin ein strategischer Sektor und eine potenzielle Quelle sozialer Konflikte sein, die das Handeln der neuen Regierung schwächen können, wenn kein Dialog mit den betroffenen Parteien zustande kommt.
- Angesichts des bevorstehenden Rohstoffbooms müssen die beiden Fraktionen der Regierungskoalition ihre Differenzen aushandeln und sich zusammenschließen.

FR

- Le nouveau président colombien Gustavo Petro pousse à une transition d'une économie extractiviste vers une économie productive. Il doit combattre les énormes inégalités pour arriver à la paix.
- Les réformes les plus urgentes : la réforme agraire et la réforme fiscale.
- L'exploitation minière continuera d'être un secteur stratégique et une source potentielle de conflits sociaux qui peuvent fragiliser les actions du nouveau gouvernement si un dialogue avec les parties concernées n'est pas établi.
- Avec le nouveau boom des matières premières qui s'annonce, les deux factions de la coalition gouvernementale doivent négocier leurs différences et se rassembler.

ES

- El nuevo presidente colombiano Gustavo Petro impulsa la transición de una economía extractivista a una economía productiva. Necesita abordar las enormes desigualdades para lograr la paz.
- Las reformas más urgentes: la reforma agraria y la reforma fiscal.
- La minería seguirá siendo un sector estratégico y una fuente potencial de conflictos sociales que pueden debilitar la acción del nuevo gobierno si no se establece un diálogo con los grupos afectados.
- Con la llegada del nuevo boom de las materias primas, las dos facciones de la coalición gubernamental deben negociar sus diferencias y unirse.

# Nach zweihundert Jahren Einsamkeit

Kolumbien ist die fünftgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas und gehört nach der Klassifizierung der Weltbank mit einem Pro-Kopf-BIP von 6.160 USD zur Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen. Dort leben 51 Millionen Menschen auf einer Fläche von 1.148 Millionen km<sup>2</sup>. 54,8% dieser Fläche sind vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP ausgewiesene Naturschutzgebiete, was Kolumbien zu einem von sechs lateinamerikanischen Ländern mit besonders hoher Biodiversität macht (CEPAL, 2022a).

Wie die meisten Länder der Region ist die kolumbianische Volkswirtschaft stark von Extraktivismus – also von Rohstoffabbau und -export – geprägt und darüber mit der Weltwirtschaft verflochten. Die traditionellen Schwierigkeiten, sich von dieser Exportspezialisierung auf Primärgüter zu lösen, führt auch in Kolumbien dazu, dass es im *middle income trap*<sup>1</sup> gefangen ist: Der Extraktivismus verhindert eine ausbalancierte ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung. Die strukturellen Probleme des Landes äußern sich in einer enorm ungleichen Verteilung von Vermögen, Land und Einkommen und einer hohen Arbeitslosigkeit und Armutsrate. Darüber hinaus ist Kolumbien geprägt vom einem seit mehr als sechs Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konflikt, der 2016 zwar mit einem Friedensvertrag offiziell für beendet erklärt wurde. Jedoch verzeichnet das Land seither ein hohes Gewaltniveau und selbst Morde an wichtigen Persönlichkeiten sind bisher ungestraft geblieben.

Ein Ergebnis dieser Konstellationen sind seit einigen Jahren wachsende soziale Spannungen, die sich durch Misswirtschaft, einem für die soziale Lage katastrophalen Umgang mit der COVID-19 Pandemie und zuletzt im Folge neuer regressiver Steuerreformen verschärften und in massiven sozialen Mobilisierungen mündeten. Hieraus

wuchs der Wunsch auf politischen Wandel, der letztlich zum Regierungswechsel führte.

Der Sieg des Kandidaten des *Pacto Histórico*<sup>2</sup>, Gustavo Petro, am 19. Juni 2022 weckt Hoffnung für Kolumbien und eröffnet vielversprechende Perspektiven für ganz Lateinamerika. Nach mehr als zweihundert Jahren Hegemonie konservativer Eliten ist es der neuen Regierungskoalition erstmals gelungen, sich gegen diese traditionelle und einflussreiche ultrakonservative Front durchzusetzen. Die neue Regierung nimmt bisher auch die Bestrebungen verschiedener sozialer Bewegungen in ihrem Kampf um Anerkennung (mit einer hohen Präsenz von Frauen und Jugendlichen und ihren vielfältigen, intersektionalen Zugehörigkeiten wie Ethnizität und sozialer Herkunft) sehr ernst und will sich für verschiedene Gesellschaftsschichten durch Reformen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit und gesetzliche Renten für mehr sozialen Ausgleich einsetzen.

Das Regierungsprogramm, mit dem der neue Präsident Petro zur Wahl antrat, enthält zusätzlich die für Kolumbien enorm wichtige Verpflichtung, die Friedensabkommen mit den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Ejército del Pueblo* (FARC-EP, deutsch: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens - Volksarmee) vollständig einzuhalten und die Verhandlungen mit dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN, deutsch: Nationale Befreiungsarmee) wieder aufzunehmen, um die bewaffneten Konflikte in Kolumbien durch einen politischen Dialog zu beenden (Petro & Márquez, 2022: 49).

Das Hauptziel des „Programms für den Wandel“, des Regierungsprogramms des *Pacto Histórico* (siehe im Weiteren: Petro & Márquez, 2022) ist ein neuer Gesellschaftsvertrag, der „Gleichheit Wirklichkeit werden lässt“. Das Programm beschreibt eine

<sup>1</sup> Dieses Konzept bezieht sich auf die Probleme der Länder mittleren Einkommens, sich den Produktivitätsstandards der Industrieländer anzunähern, da sie nicht in der Lage sind, den produktiven Übergang von Sektoren mit geringer Wertschöpfung (Primärerzeugnisse und rohstoff- und arbeitsintensive Industriezweige) zu Sektoren mit hoher Wertschöpfung (technologieintensive Industriezweige) zu vollziehen. Nach den Berechnungen von De Felipe et al. (2014: 12) wurde Kolumbien 1946 in die untere mittlere

Einkommensgruppe eingestuft, in der es bis 2013 blieb und dann in die obere mittlere Einkommensgruppe aufstieg, in der es sich bis heute befindet.

<sup>2</sup> Die Koalition des *Pacto Histórico* „*Colombia Puede*“ ist ein Zusammenschluss aus 17 link- und Mitte-Links-gerichteten Parteien und sozialen Bewegungen mit überwiegend progressiver und sozialdemokratischer Ausrichtung. Sie wurde im Februar 2021 gegründet.

Wachstumsstrategie, die Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verbinden will und durch einen entwicklungsorientierten, sozialen und unternehmerischen Staat vorangetrieben werden soll. Ziel ist „ein Leben in Würde, die Überwindung von Gewalt und soziale sowie Klima-Gerechtigkeit“ (Petro & Márquez, 2022: 6) zu ermöglichen, welches als der Beginn einer Transformation zu verstehen ist, die zu einer produktiven Wirtschaft führen soll, auf dem Respekt vor der Natur basiert und die völlige Abhängigkeit vom extraktiven Entwicklungsmodell hinter sich lässt. So soll die schrittweise Abkehr von der Abhängigkeit von Öl, Kohle und anderen Arten von ausbeuterischem und illegalen Ressourcenabbau sowie von landwirtschaftlichen Produktionsmodellen, die die Natur

zerstören und die Armut reproduzieren, eingeleitet werden.

Der *Pacto Histórico* verfolgt somit dieselben Ziele, die auch schon durch die Regierungen der *pink tide* des letzten Jahrzehnts benannt und teilweise umgesetzt wurden. Die Strategien, die Wirtschaft zu diversifizieren, um Wege aus der Abhängigkeit des Extraktivismus zu finden, finden allerdings in einem besonders komplexen Kontext statt. Sie sind nur zu erreichen, wenn kluge und wirksame Agrar- und Steuerreformen integrativ umgesetzt werden. Die zukünftigen Dynamiken in diesen beiden Feldern werden rasch offenlegen, wie reformfähig Kolumbien wirklich ist.

## Das soziale und wirtschaftliche Erbe des Uribismus

Nach der Präsidentschaft von Iván Duque herrschen in Kolumbien schwierige sozio-ökonomische Verhältnisse. Die Beschäftigungsquote sowie die Einkommen breiter Bevölkerungsschichten sind stark gesunken; die allgemeine und extreme Armut hat deutlich zugenommen. Besonders betroffen sind hiervon ethnische Minderheiten und Frauen: Im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas und der Karibik ist Kolumbien das Land mit der höchsten Armutsquote in der Gruppe der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerung und weist sehr hohen Armutsquoten bei Frauen, Jugendlichen und älteren Menschen aus. Auch die Ungleichheitsindikatoren (gemäß dem Gini-Index des Einkommens oder des „shared prosperity“-Index<sup>3</sup>) verweisen auf eine hohe Ungleichheit im Vergleich zu den anderen Ländern Lateinamerikas.

Die Wirtschaft des Landes ist stark geprägt von einer Konzentration auf Rohstoffexporte, der Intensivierung der Handelsbeziehungen zu China und der Abkehr von einer effektiven Industriepolitik (Ocampo und Porcile, 2020).<sup>4</sup> Der Extraktivismus führte auch in Kolumbien zu einer einseitigen internationalen Verflechtung und einer negativer Handelsbilanz, die nicht durch Kapitalimporte

ausgeglichen werden konnte. Das Land leidet unter einem strukturellen Leistungsbilanzdefizit, das im Jahr 2021 5,7% des BIP erreichte. Dies ist das schlechteste Ergebnis seit 2015.

Dieses außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wurde durch die Auswirkungen der Pandemie weiter verschärft. Davon sind nunmehr auf die Staatsfinanzen betroffen. Kolumbien weist ein enormes öffentliches Defizit aus, das im Jahr 2021 mit 7,1% des BIP nach Chile das Zweithöchste Lateinamerikas war (CEPAL, 2022b: 32). Die Staatsverschuldung (64,6% des BIP) überschritt die vom IWF empfohlene 60%-Regel und erreichte einen historischen Höchststand. Die offizielle Inflation erreichte im Mai 2022 einen Wert von 9,07%. Eine so hohe Inflation wurde seit 2000 nicht mehr erreicht und ist dreimal so hoch als das von der Zentralbank selbst gesetzte Ziel (Banco de la República, 2022: 13).

Neben der Stabilisierung der Makroökonomie steht die neue Regierung vor dem strukturellen Problem des *middle income trap*. Kolumbien ist aufgrund seiner

<sup>3</sup> Der „shared prosperity“ Index der Weltbank misst das Einkommenswachstum der ärmsten 40% der Bevölkerung und setzt dies in Relation zu dem Wachstum der Durchschnittseinkommen der gesamten Bevölkerung. Er gibt Auskunft darüber, wie inklusiv Einkommenszuwächse sind.

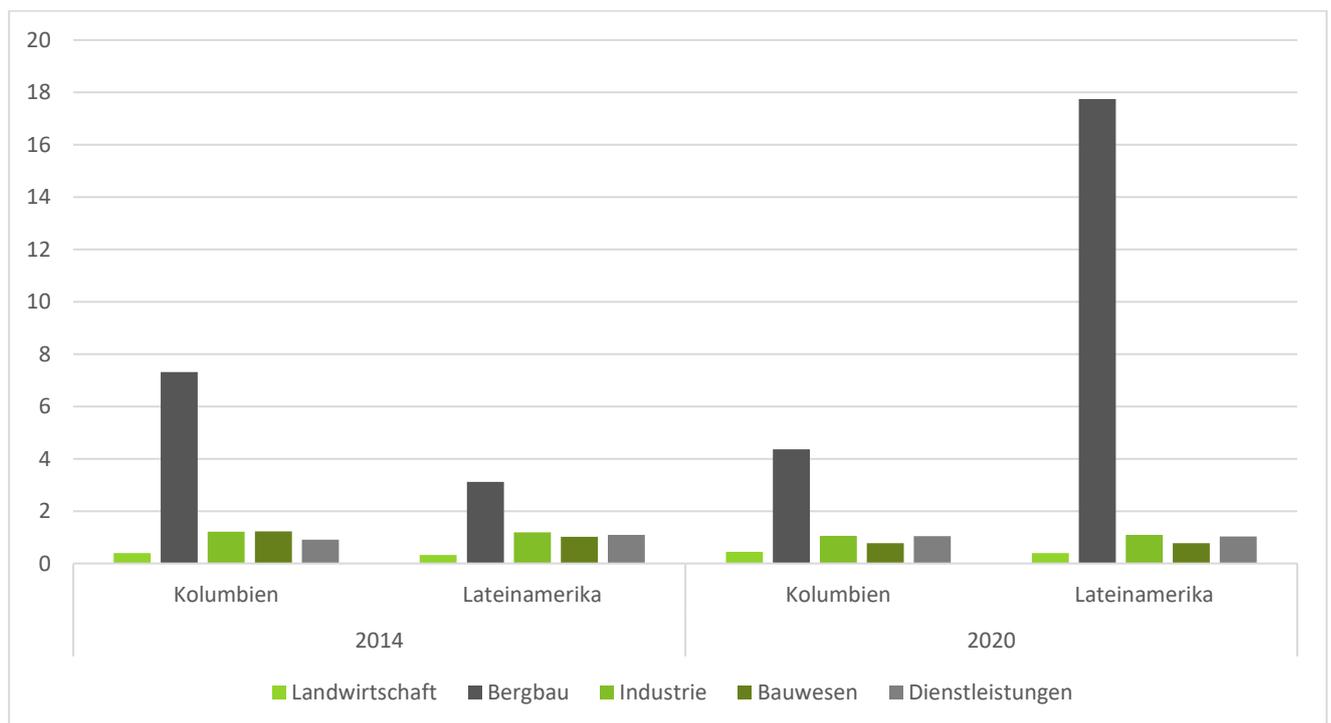
<sup>4</sup> Im Rahmen der extraktivistischen Entwicklungsstrategie stieg der Anteil der Primärgüter am Gesamtwert des Exports zwischen 2004 und 2014 von 62,9% auf 82,4%, während der Anteil im Jahr 2020 auf 75,3% anstieg, wie aus den Statistischen

Jahrbüchern der CEPAL für 2012, 2015 und 2021 hervorgeht. Nach den Zahlen der Weltbank wird der Anteil der Primärprodukte im Jahr 2020 etwas höher sein (77,6%), wobei 25,3% auf Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe, 41,6% auf Erdöl und Kohle sowie 1,3% auf sonstige Mineralien und Metalle entfallen, während auf der Importseite 16,1% auf Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe, 5,1% auf vor allem raffiniertes Erdöl und 76,2% auf Industrieerzeugnisse entfallen.

strukturellen Heterogenität<sup>5</sup> seiner Wirtschaft immer noch nicht in der Lage, technologisch von der Imitationsphase zur Innovationsphase überzugehen. Diese strukturelle Heterogenität steht in Verbindung mit zwei Faktoren: Erstens erfolgte die Einbindung in die Weltwirtschaft auf der Grundlage statischer komparativer Kostenvorteile, welche jedoch interne Ungleichheiten reproduzieren.<sup>6</sup> Zweitens haben sich

intern exorbitante Ungleichheiten in Bezug auf Vermögen, Einkommen, Chancen und Rechte im Laufe der Zeit fortgesetzt (CEPAL, 2018). Die strukturelle Heterogenität hat sich zwar mit Blick auf die sektorale Arbeitsproduktivität im Vergleich zu 2014 etwas abgemildert, wie Abbildung 1 zeigt. Jedoch bleiben die enormen sozialen (vertikalen und horizontalen) sowie territorialen Ungleichheiten bestehen.

**ABBILDUNG 1: SEKTORALE ARBEITSPRODUKTIVITÄT IN KOLUMBIEN UND LATEINAMERIKA, 2014 UND 2020**



Quelle: CEPALSTAT, eigene Darstellung.

In Kolumbien liegt der Ursprung der sozialen Ungleichheit vor allem in der extremen Konzentration von Landbesitz und Landnutzung: Dies war auch ein zentraler Grund des Bürgerkrieges, den das Land seit 1958 zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen und der Regierung durchlebt hat. Obwohl der Staat seit Beginn des 20. Jahrhunderts 23 Millionen Hektar (das entspricht der Fläche Großbritanniens) verteilt hat, weist Kolumbien mit einem Gini-Index von 0,89 nach wie vor

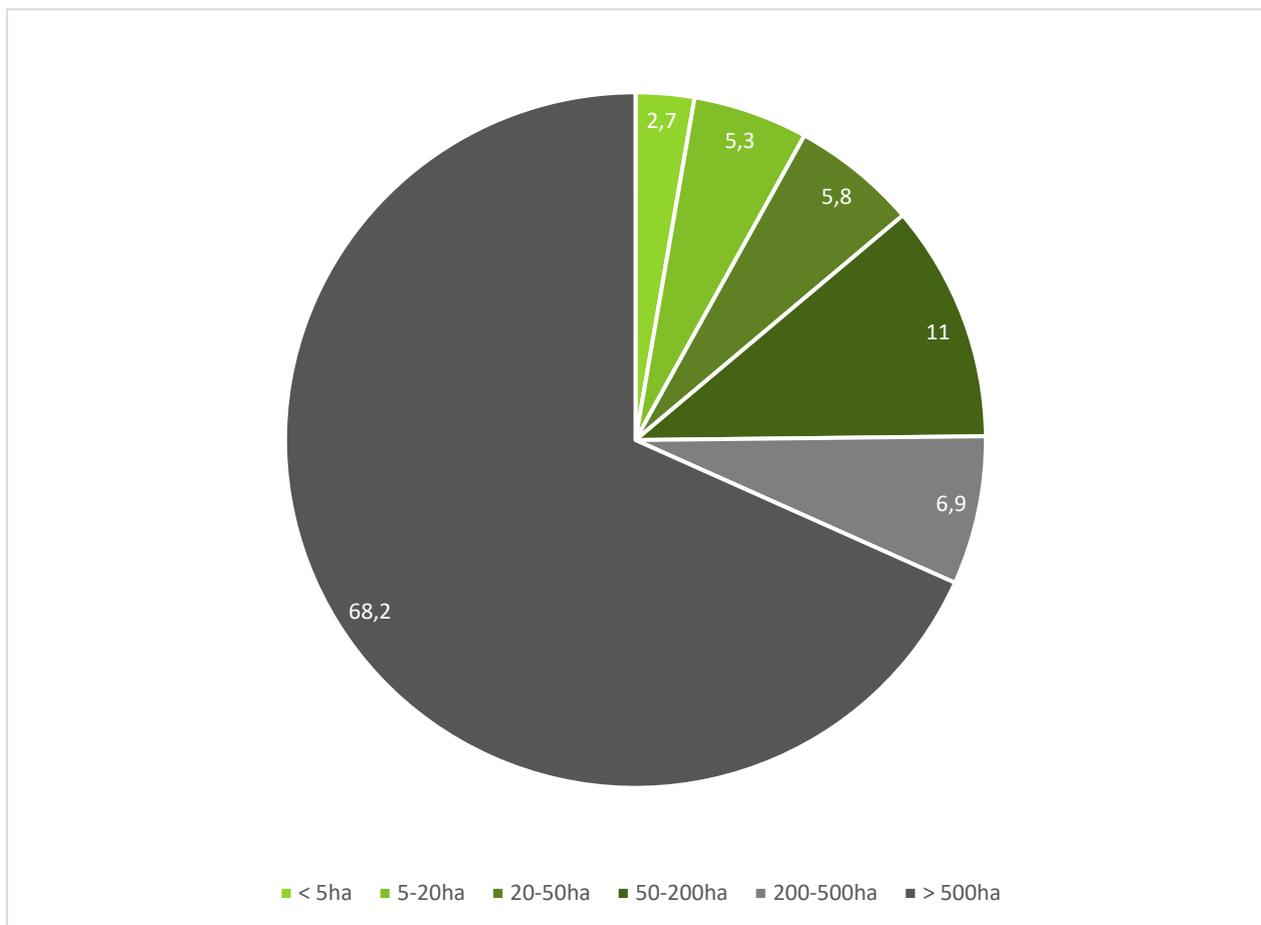
eine der höchsten Ungleichheiten bei der Verteilung des Landbesitzes weltweit auf (Faguet et al., 2017: 1). Seit 1984 ist dieser Wert sogar noch weiter angestiegen (Oxfam, 2017: 9). Die Polarisierung der Besitzverhältnisse ist extrem. Die obersten 1% der landwirtschaftlichen Betriebe kontrollieren 88% des Ackerlandes. Dies ist der höchste Wert unter den 15 lateinamerikanischen Ländern, für die Daten vorliegen (Oxfam, 2017: 14).

<sup>5</sup> Dieser Konzept wurde von der CEPAL in den 1970er Jahren geprägt, um die Produktivitätsunterschiede zwischen den Sektoren zu beschreiben, die zu einer Segmentierung der Arbeitseinkommen, einer konzentrierten Einkommensverteilung und stratifizierten Konsummustern führen (Bárcena und Prado 2016). Der Begriff wurde später erweitert als Ausdruck „einer Kombination aus privilegiertem Zugang zu natürlichen Ressourcen und der Vereinnahmung öffentlicher Renten oder Quasi-Renten durch Akteure mit

größerer wirtschaftlicher und politischer Macht“, die durch Besteuerung nicht korrigiert werden kann, weil die Kultur der Privilegien „ein System mit hohen Steuerbefreiungen und niedrigen Einkommenssteuern aufrechterhält“ (CEPAL 2018: 31).

<sup>6</sup> Dieses Problem verschärfte sich mit den unterzeichneten Freihandelsabkommen (FTAs): 2006 mit den USA, 2008 mit der EFTA und Kanada und 2012 mit der EU.

ABBILDUNG 2: POLARISIERUNG DES LANDBESITZES IN KOLUMBIEN IN PROZENT, 2014



Quelle: Oxfam (2017), eigene Darstellung.

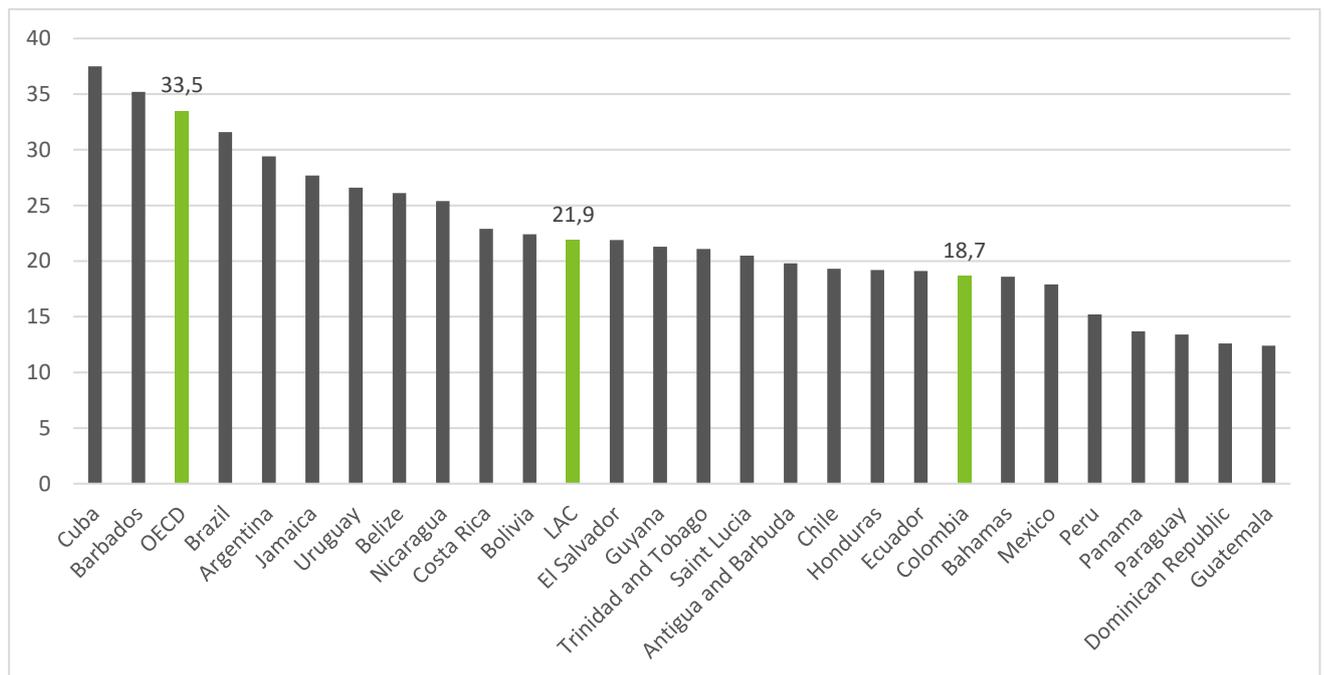
Während des Bürgerkrieges hat sich der Landbesitz weiter konzentriert. Zwischen acht und zehn Millionen Hektar, die vormals vor allem durch indigene und afrokolumbianische Bevölkerung in kleinen Betrieben oder in Familienbesitz bearbeitet wurden, sind im Zuge des Konflikts entweder enteignet oder aber aufgegeben worden. Diese Flächen sind in Großgrundbesitz übergegangen, der sich auf Kosten der kleineren Betriebe weiterentwickelte. In der Agrarerhebung von 2014, der ersten Aktualisierung seit 1945, wurden 47,2 Millionen Hektar von Betrieben mit mehr als 500 Hektar kontrolliert, was dem Zehnfachen der Größe von 1960 entspricht. Die durchschnittliche Größe des Landbesitzes dieser Gruppe von Großgrundbesitzern stieg während dieser Zeit von etwa 1.000 Hektar auf 5.000 Hektar um das Fünffache an (Abbildung 2).

42,7% der landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Fläche von mehr als 2.000 Hektar (insgesamt 40,6 Millionen Hektar) gaben an, ihren Besitzstatus „nicht zu kennen“,

was darauf hindeutet, dass sie entweder das Ergebnis von unregelmäßiger Landaneignung waren oder die Grundsteuer hinterzogen haben. Darüber hinaus befinden sich zwei Drittel der Landfläche (66 Millionen Hektar) in den Händen von juristischen Personen (Unternehmen), die zumeist außerhalb des ländlichen Raums ansässig sind und somit als abwesende Eigentümer gelten. Dies offenbart ein Problem der unproduktiven Landnahme oder der Nutzung unterhalb der potenziellen Produktivität (insbesondere extensive Viehzucht) zum Nachteil der Ernährungssouveränität und -sicherheit (Oxfam, 2017), aber auch das Vorhandensein von illegalem Anbau.

Infolge der konzentrierten Eigentumsstruktur ist auch die Einkommensverteilung sehr ungleich. Das Steuersystem trägt nicht dazu bei, dies Ungleichheiten abzufedern oder zu verringern. Kolumbien hat die achtniedrigste Steuerlast in Lateinamerika und der Karibik, und erreicht bei Weitem nicht die Werte der OECD (Abbildung 3).

ABBILDUNG 3: STEUERQUOTE IN KOLUMBIEN, LATEINAMERIKA UND DER OECD ALS ANTEIL AM BIP IN %



Quelle: OECD et al. (2022), eigene Darstellung.

Im Gegensatz zu anderen rohstoffreichen Ländern, die während der letzten Phase progressiver Regierungen auf Ressourcennationalismus setzten, ist der Anteil der Rohstoffrenten an den Staatseinnahmen in Kolumbien gering. Und dies selbst im Vergleich zum regionalen Durchschnitt, der sowohl Länder mit stark nationaler als auch solche mit neoliberaler Rohstoffpolitik umfasst (Abbildungen 4). Kolumbien verzeichnete 2020 einen erheblichen Rückgang der Öl- und Gaseinnahmen (von 2,2% des BIP im Jahr 2019 auf 1,2% des BIP im Jahr 2020). Die nichtsteuerlichen Einnahmen (aus Lizenzgebühren und anderen Vermögenseinkommen) sanken von 1,8% auf 1,1% des BIP und wurden durch geringere Dividendenzahlungen von Ecopetrol<sup>7</sup> von 1,1% auf 0,7% des BIP gedrückt. Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer sind stark zurückgegangen (von 0,4%

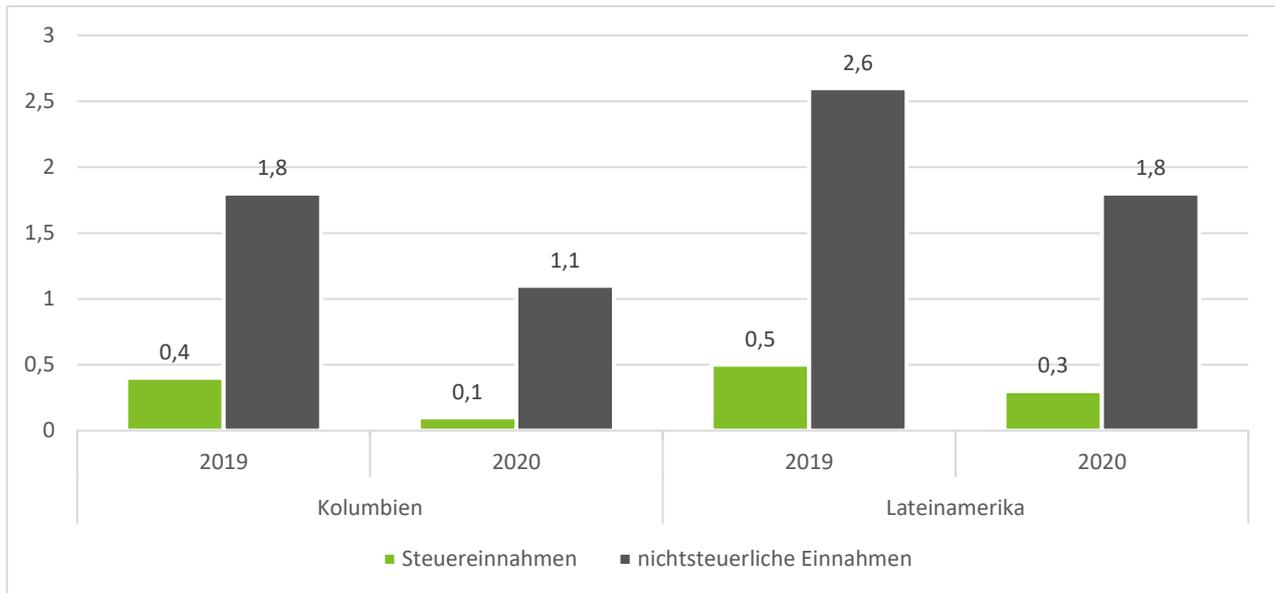
auf 0,1% des BIP), was auf die schwache Finanzlage der Unternehmen des Sektors und das Ergebnis des 2019 verabschiedeten Gesetzes 2010 zurückzuführen ist, das eine schrittweise Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 33% im Jahr 2019 auf 32% im Jahr 2020 und 30% im Jahr 2022 vorsieht (OECD et al., 2022: 133-134).

Entgegen den Unterschieden bei Öl und Gas unterscheidet sich der kolumbianische Bergbausektor in Lateinamerika und der Karibik nur wenig von anderen Ländern. Die niedrigeren Einnahmenanteile Kolumbiens sind auf auch hier auf die geringen Steuereinnahmen zurückzuführen: 0,06% des BIP im Jahr 2020 für Kolumbien gegenüber 0,30% des regionalen Durchschnitts.

<sup>7</sup> Ecopetrol, das staatliche Erdölunternehmen, wurde von der Regierung selbst durch die Schaffung des Ministeriums für Bergbau und Energie im Jahr 2003 über die Nationale

Kohlenwasserstoffagentur entmachtet und dann 2007 während der Präsidentschaft von Álvaro Uribe teilprivatisiert (Caballero und Bitar, 2016).

ABBILDUNG 4: STAATSEINNAHMEN AUS ÖL UND GAS IN KOLUMBIEN UND LATEINAMERIKA



Quelle: OECD et al. (2022), eigene Darstellung.

Die Verteilung der gesamten Steuerlast ist in Kolumbien sehr regressiv: reichere Bevölkerungsschicht profitieren direkt und indirekt von dem derzeitigen Steuersystem. Die Diskrepanz zwischen dem effektiven und dem nominalen Steuersatz ist eklatant. Grenzsteuersätze sind lediglich moderat und diese werden zudem durch viele Ausnahmen ausgehöhlt.<sup>8</sup> Die Einkommensteuer hat fast keinen Einfluss auf den Gini-Index und das Ausmaß der Steuerhinterziehung und -umgehung ist im internationalen Kontext sehr hoch. Insgesamt zeichnet sich das kolumbianische Steuersystem dadurch durch eine sehr geringe Leistungsfähigkeit aus, und es kann dadurch auch keine Umverteilungswirkung entfalten.

Was die Sozialausgaben anbelangt, so bleiben diese trotz der Erhöhung der Sozialausgaben während der Pandemie (0,8% des BIP im Jahr 2021) weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um die Herausforderungen der Armutsbekämpfung und der sozialen Inklusion zu meistern (15,5% des BIP bis 2020) und liegen unter dem amerikanischen Durchschnitt (16%) (CEPAL, 2021: 168). Die wichtigsten Ausgaben sind Sozialpolitik (mit 48,3% des Gesamtbetrags), Gesundheitswesen (24,8%) und Bildungswesen (23,5%) (CEPAL 2021: 204).<sup>9</sup>

<sup>8</sup> Im Fall von natürlichen Personen entstehen zahlreiche Steuervergünstigungen (Lebensmittel, Gesundheits- und Wohnkosten). Im Fall von juristischen Personen existieren zahlreiche Ausnahmen, die zusammen die Steuereinnahmen um einen Wert von 3,5% des BIP verringern, wovon 1% auf natürliche und 2,5% auf juristische Personen entfallen (Petro & Márquez, 2022: 43).

<sup>9</sup> Mit einer breiten Absicherung für die wohlhabenden und mittleren Schichten, die vom Staat Steuererleichterungen erhalten, und Subventionen und einer Mindestabdeckung für die Armen, die von selektiven Sozialprogrammen (SISBEN) abhängt.

# Vom Extraktivismus zu einer produktiven Wirtschaft durch den unternehmerischen Staat

Die Strategie der neuen Regierung besteht darin, zwei Strukturreformen ineinander zu verzahnen: Zum einen eine Agrarreform, die schon im Friedensabkommen benannt wurde, sowie zum anderen eine Steuerreform, die zurzeit von der neu gewählten Regierung ausgearbeitet wird. Ziel ist es, einen ebenso produktiven als distributiven Strukturwandel einzuleiten, der auch mit dem Schutz der Natur und der Verringerung der Umweltbelastung im Rahmen der Agenda 2030 vereinbar ist. Diese Entwicklung soll durch einen aktiven, unternehmerischen Staat und durch eine intelligente, horizontale Industriepolitik unter dem neuen Industrieministerium und der Schaffung einer öffentlichen Bankengruppe (*Multibanca Estatal*) geleitet werden. Und zwar im Rahmen eines neuen, ausgewogeneren Verhältnisses zum Privatsektor durch einen „Produktivitätspakt“. Hier sollen Lehren aus den Fehlern der früheren Importsubstitutionsindustrialisierung gezogen und die Förderung von Unternehmen über Auswahlmechanismen durch positive Anreize, aber auch Sanktionen eingeleitet werden.<sup>10</sup>

Angesichts der alarmierenden Armut, der sozialen Ausgrenzung und der Ungleichheit wird die neue Regierung zwangsweise die staatlichen Einnahmen erhöhen und die öffentlichen Ausgaben neu ausrichten müssen, um mehr soziale Kohäsion zu garantieren. Sie muss zusätzlich die lauter gewordenen Forderungen nach Anerkennung von Frauen und benachteiligten ethnischen Gruppen, die sich unter dem Slogan „los nadie“<sup>11</sup> (die Niemande) politisch mobilisiert haben, erfüllen. Schließlich muss sie die sozialen und politischen Rechte der Bevölkerungsmehrheit in einem Land durchsetzen, in dem mehr als 81% der Gesamtbevölkerung in Städten lebt (davon 44% in

städtischen Ballungsgebieten mit mehr als 1 Million Einwohner:innen).

Um den verfassungsmäßigen Auftrag der sozialen Rechtsstaatlichkeit (das Recht auf Bildung, Gesundheit und ein gesetzliches Rentensystem) zu erfüllen, ist neben einer Energiewende in Richtung saubere Energie, der Neuschaffung eines Verkehrssystems mit elektrischem Schienensystem sowie dem Ausbau der Elektromobilität eine erhebliche Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und Investitionen erforderlich. Diese Erhöhung der Ausgaben wird im Regierungsprogramm mit rund 5,5% des BIP beziffert und als „steuerlicher Spielraum“ bezeichnet (Petro & Márquez, 2022: 43). Steuerlicher Spielraum ist ein vom IWF geprägter Begriff, der „den Spielraum innerhalb des öffentlichen Haushalts zur Bereitstellung von Mitteln ohne Beeinträchtigung der finanziellen Tragfähigkeit und Stabilität der Wirtschaft“ beschreibt (Heller, 2005: 32). In diesem Sinne hat das Regierungsprogramm eine klare neo-keynesianische Ausrichtung, da die makroökonomische Stabilität „im Dienste der Bürger stehen wird, was einen integralen und funktionalen Ansatz für die Finanzen voraussetzt, bei dem Beschäftigung, Verteilung und Wachstumsquellen die gleiche Bedeutung haben wie Schuldentilgung und Kontrolle der Inflationsrate“ (Petro & Márquez, 2022: 20).<sup>12</sup>

Um all diesen Herausforderungen zu begegnen, zielt das Regierungsprogramm darauf ab, die Freihandelsabkommen und die Zollpolitik neu zu verhandeln, den Rohstoffabbau zurückzudrängen und Agrar- und Steuerreformen durchzuführen. Die dafür zu reformierenden Politikfelder lassen sich wie folgt systematisieren:

<sup>10</sup> So ist im Regierungsprogramm von „transparenten Überwachungs- und Bewertungsmechanismen“ die Rede, um „diejenigen zu belohnen, die sich an die Vorschriften halten, und diejenigen zu bestrafen, die in böser Absicht handeln“, und weiter wird erwähnt, dass „die Industriepolitik nicht mehr ausschließlich von der Bevorzugung eines bestimmten Sektors geleitet wird“ (Petro & Márquez, 2022: 22).

<sup>11</sup> „Wir werden die historische Schuld gegenüber den Nachkommen afrikanischer Bevölkerung, den schwarzen, indigenen und Palenquero-Gruppen, den Opfern des

Sklavenhandels, der Versklavung und des strukturellen Rassismus, sowie gegenüber allen ländlichen und indigenen Gruppen in vollem Umfang begleichen“ (Petro & Márquez, 2022: 33).

<sup>12</sup> Im gleichen Sinne heißt es im Regierungsprogramm, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank (Banco de la República) respektiert wird, jedoch im Rahmen „eines ständigen Dialogs ... auf der Suche nach einer integrativen Geldpolitik, die für die Überwindung der Krise von grundlegender Bedeutung ist“ (Petro & Márquez, 2022: 21).

## Freihandelsabkommen und Zollpolitik.

In der Außenwirtschaft sollen die Freihandelsabkommen so überarbeitet werden, dass sie dem Land mehr Vorteile verschaffen. Handel soll zu einem Instrumente der Förderung der Produktivität, der Bekämpfung des Klimawandels, der Entwicklung des Wissenstransfers und schließlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Hinzu kommt die Ankündigung einer intelligenten Zollpolitik zur Förderung der Ernährungssicherheit und -souveränität und der Entwicklung neuer Industrien in den Bereichen Agrar- und Ernährungswirtschaft.

## Verringerung des Extraktivismus.

Die neue Regierung plant die allmähliche Verringerung des extraktiven Entwicklungsmodells. Dies zielt letztlich darauf ab, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Öl und Kohle abzubauen. Dieser Leitgedanke wird mit der Ankündigung verbunden, auf neue Staudämme für die Stromerzeugung aus Wasserkraft zu verzichten. Das Regierungsprogramm sieht ein Verbot der Exploration und Ausbeutung unkonventioneller Öl- und Gasfelder, die Aussetzung von Fracking und der Erschließung von Offshore-Feldern oder die Aussetzung von neuen Lizenzen für die Kohlenwasserstoffexploration vor. Es strebt an, durch ein internationales Kooperationsabkommen Einnahmen für Umweltleistungen aus dem Amazonasgebiet zu erzielen, mit denen Entschädigungen finanziert werden, wenn Kohle- und Ölvorkommen nicht abgebaut werden.

Für diese sozio-ökologische Transformation, die die „Produktion von und für das Leben fördert“ (Petro & Márquez, 2022: 23), schlägt das Regierungsprogramm vor, großflächigen Tagebau aufzugeben und versichert, demokratische Entscheidungen von Volksbefragungen zu respektieren. Die Regierung will jedoch nicht vollständig auf den Bergbau verzichten, sondern sieht eine stärkere soziale, ökologische und fiskalpolitische Regulierung vor. In diesem Sinne ist ein erster Schritt die Legalisierung des Kleinbergbaus, um die dortigen oft katastrophalen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zusätzlich wird vorgeschlagen, die Umwelt-, Arbeits- und Steuerkontrollen im bereits existierenden Bergbau zu verstärken. Das Regierungsprogramm fordert schließlich, dass Bergbauunternehmen, die für Umweltschäden verantwortlich sind, die betroffenen und gefährdeten Gebiete sanieren, Flüsse

dekontaminieren und die Rechte der betroffenen Bevölkerung wiederherstellen.

## Agrar- und Steuerreformen.

Die beiden wichtigsten Maßnahmen zur Bewältigung der strukturellen Heterogenität auf nationaler Ebene sind Agrar- und die Steuerreformen. Diese Agenda greift Ideen der gesamtamerikanischen Allianz für den Fortschritt aus dem Jahr 1961 auf. Diesmal sind es jedoch nicht die USA, die Reformen vorschlagen, sondern der Präsident eines lateinamerikanischen Landes. Allerdings ist Kolumbien wichtigster geopolitischer Verbündeten der USA in der Region. Der künftige Präsident kündigte bereits an, dass ohne die geplanten Reformen die Gefahr einer Destabilisierung und die Beeinträchtigung der Interessen Washingtons droht: „Wenn ich versage, wird die Dunkelheit über alles hereinbrechen“.<sup>13</sup>

Das im September 2016 vom Kongress ratifizierte endgültige Friedensabkommen zwischen der Regierung und den FARC, das eine *umfassende Agrarreform* als zentralen Punkt vorsah, wurde in einem Referendum im Oktober desselben Jahres mit knapper Mehrheit abgelehnt. Der Sieg des *Pacto Histórico* bei den letzten Wahlen, dessen Programm nicht nur die Erfüllung des endgültigen Friedensabkommens, sondern auch dessen Ergänzung durch die Aufnahme eines Dialogs mit dem ELN vorsah, hat dieses Ergebnis korrigiert. In dem Regierungsprogramm wird nun vorgeschlagen, mehrere Instrumente des endgültigen Friedensabkommens wieder einzusetzen und „Millionen von Hektar“ der ländlichen Bevölkerung zu übertragen, um Kolumbien zu einer „Agrarmacht“ zu machen, die nicht nur Arbeitsplätze für „Millionen von Landvertriebenen, landwirtschaftliche Genossenschaften und andere ländliche Akteure“ schafft, sondern auch „Produktivität, Innovation und produktive Verbindungen“ erhöhe (Petro & Márquez, 2022: 18). Durch die Einrichtung eines Katastersystems soll unproduktiver Großgrundbesitz, die auf extensive Viehhaltung ausgerichtet ist, verhindert und Ressourcen auf die Agrar- und Lebensmittelproduktion gelenkt werden. Landbesitzer, die ihr Land nicht bewirtschaften, wird vorgeschlagen, die Produktion wieder in Gang zu setzen und zu erweitern, die entsprechenden Steuern zu zahlen oder ihr Land an den Staat zu verkaufen, der sich zum Ziel

<sup>13</sup> Siehe Interview mit der spanischen Zeitung El País vom 28/06/22, „Si fracaso, las tinieblas arrasarán con todo“, <https://elpais.com/america-colombia/elecciones->

[presidenciales/2022-06-28/gustavo-petro-si-fracaso-las-tinieblas-arraasaran-con-todo.html](https://presidenciales/2022-06-28/gustavo-petro-si-fracaso-las-tinieblas-arraasaran-con-todo.html)

setzt, dieses wiederum den ländlichen Gemeinden zu übergeben.

Die Logik der geplanten Agrarreform dürfte erhebliche Auswirkungen auf Produktion, Produktivität, Gewinne und Steuereinnahmen haben. Gleichzeitig würde sie als sekundäre Effekte eine Umverteilung der politischen Macht und die Stärkung der Autonomie der öffentlichen Institutionen einleiten. Die Botschaft der Regierung lautet, „das Recht auf Land für ländliche Familien, die Formalisierung des Eigentums“ zu garantieren und „der wahllosen Ausdehnung der Agrargrenze und der Kolonisierung von Brachland“ durch illegale Ökonomien ein Ende zu setzen (Petro & Márquez, 2022: 18). Wie Petro betont, ist die Agrarreform mit der Möglichkeit eines erheblichen Rückgangs der Kokainexporte verbunden, so dass das Ziel darin bestehe, die Agrarreform zu legitimieren, indem sie „Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten“<sup>14</sup> durchgeführt wird.

Mit Blick auf die *Steuerreform* ist die Ankündigung der Ernennung von José Antonio Ocampo, einem erstklassigen Wirtschaftswissenschaftler der Columbia University und ehemaligen Exekutivsekretär der CEPAL (2003-2007) zum nächsten Finanzminister eine klare Botschaft an die Märkte und die Oberschicht. Mit dieser Personalie wird vermittelt, dass die Reform technisch sehr solide und die Steuerlast moderat sein wird. Wie bereits in den 1960er Jahren während der Allianz für den Fortschritt wird Ocampo gezwungen sein, eine schon von Nicholas Kaldor entwickelte Strategie zu verfolgen. Demnach kann die anzustrebende Steuerpotenzial als Anteil des BIP nur bis zu dem Punkt ausgeschöpft werden, bis es problematischen politischen und sozialen Druck erzeugt. In diesem Sinne hat Petro erklärt, dass der neue Sozialvertrag auch „von der Bereitschaft des Großkapitals abhängt, seine Steuern zu zahlen“<sup>15</sup>. Dadurch soll es möglich werden, die niedrige Besteuerungsquote des Landes zu verringern und Kolumbien schrittweise auf das Steuerniveau der OECD-Länder zu bringen.

Für die andere Seite der Einkommensverteilung, welche durch Armut und informelle Arbeit bestimmt wird, schlägt die Regierung vor, die Arbeit von mindestens zwei Dritteln der erwerbstätigen Bevölkerung, die in der so genannten informellen Wirtschaft arbeiten und von

denen 80% selbständig sind, zu formalisieren, sozial besser abzusichern – und dann auch zu besteuern.

### **Sozial- und Rechtsstaat.**

Die Herausforderungen beim Aufbau des Sozial- und Rechtsstaats sind in den Bereichen Gesundheit, Renten, Sozialpolitik und Bildung in Kolumbien sehr hoch. Das Regierungsprogramm strebt ein *nationales Gesundheitssystem* an, das öffentlich und universell ausgerichtet ist, durch progressive Steuern und faire Beiträge finanziert wird und über einen einheitlichen Gesundheitsfonds gelenkt wird, der unter der Leitung des Nationalen Gesundheitsrats, der lokalen Regierungen sowie des Ministeriums für Gesundheit und Sozialschutz steht. In Bezug auf das *Rentensystem* soll die Lage der drei Millionen nicht versicherten Alten verbessert werden. Es soll ein einheitliches, größtenteils öffentliches Rentensystem garantiert werden, das auf einer ersten beitragsunabhängigen oder solidarischen Grundsäule (in die auch Hausangestellte und Hausfrauen einbezogen werden sollen), einer zweiten beitragsabhängigen Säule und einer dritten Säule mit zusätzlichen freiwilligen Einsparungen beruht.

Im Feld der *Arbeitspolitik* geht es darum, würdige und sichere Arbeit zu garantieren. Dazu gehört neben der Formalisierung informeller Arbeit die Anpassung des *Mindestlohns* an die Kosten des Grundnahrungsmittelbedarfs. Zusätzlich ist die Wiederbelebung einer Agenda im Sinne eines New Deal vorgesehen, bei der auch der Staat als Arbeitgeber fungieren kann. Denjenigen, die arbeiten können und wollen, aber keine Arbeit im privaten Sektor finden, soll der Staat in Zukunft eine Beschäftigung anbieten können, wovon vor allem Arbeitslose, junge Menschen, Frauen, informell Beschäftigte und Menschen in ländlichen Gebieten profitieren würden.

In Kolumbien, wo mehr als 22% der Bevölkerung zwischen 0 und 14 Jahren und 25% der Bevölkerung zwischen 15 und 29 Jahren alt sind, steht das Thema *öffentliches Bildungssystem* ganz oben auf der Prioritätenliste von Jugendlichen. Investitionen in Bildung hatten bislang einen geringen Stellenwert in Kolumbien. So wurde etwa die letzte öffentlichen Universität des Landes, die *Universidad Nacional Abierta y a Distancia*, bereits 1981 gegründet. Seither wurde das Bildungssystem im Land kaum weiter ausgebaut.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> siehe Fußnote 14.

<sup>15</sup> siehe Fußnote 14.

<sup>16</sup> Siehe die chaotischen Statistiken unter [https://www.altillo.com/universidades/universidades\\_colombi](https://www.altillo.com/universidades/universidades_colombi)

Insofern wird das Versprechen des Regierungsprogrammes, eine relevante, integrative, qualitativ hochwertige, partizipative und interkulturelle Grund- und Sekundarschulbildung zu gewährleisten, um den Zugang zu einer kostenlosen öffentlichen Hochschulbildung zu erleichtern, auch eine Umschichtung der öffentlichen Ausgaben erfordern.

Ein Finanzposten, der nach der Pazifizierung des Landes sicherlich zur Disposition steht, sind die unverhältnismäßig hohen Militärausgaben Kolumbiens. Im Jahr 2020 betragen sie 3,4% des BIP. Dies ist mehr als ein Prozent über dem OECD-Durchschnitt (2,3%) und das 2,6-fache des lateinamerikanischen Durchschnitts, der bei 1,3% liegt. Laut Daten der Weltbank wird diese Höhe an Militärausgaben in der westlichen Hemisphäre nur von den Vereinigten Staaten (3,7%) übertroffen.

## Vom Versprechen zurück in die Wirklichkeit: Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Proteste und Tumulte gegen die Regierung von Iván Duque im Jahr 2021 wurden unmittelbar von einer geplanten Steuerreform provoziert, die vor allem die Steuerlast der Geringverdiener erhöhte. Bereits jene Bewegung stellte den Kampf für Gleichheit und Anerkennung von Minderheiten zugunsten von politischer, sozialer und ökonomischer Teilhabe in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Nun ist der neu gewählte Präsident in der Pflicht, das von ihm angekündigte faire und progressiv ausgerichtete Steuerpaket umzusetzen und dabei die Verfassungsgrundsätze zu wahren. Wie Bárcena & Prado (2016: 223) betonen, „ist der Steuerpaket nicht nur ein weiterer Pakt, sondern der Mechanismus, durch den andere Pakte finanziell tragfähig werden“ und „einer der Schlüssel zum Aufbau robuster staatlicher Institutionen, die in der Lage sind, die Transformation der sozialen und produktiven Strukturen zu beeinflussen“.

In Kolumbien muss jedoch vor einer solchen Steuerreform das Friedensabkommen vollständig umgesetzt werden. Dieses garantiert die Unversehrtheit des Einzelnen und von Minderheiten sowie die Rückgabe von Land an Bauern und indigenen und afrokolumbianische Gemeinschaften.

Relativ leicht könnte Kolumbien seine Staatseinnahmen durch höherer Steuern auf den Rohstoffexport erhöhen. Dabei möchte die Regierung Fehler vorangegangener lateinamerikanischer Regierungen verhindern und den Extraktivismus nicht vertiefen. Sie kündigt deshalb die Gründung eines „Fonds für den Energiewandel“ an,

---

[a.asp](#). Allerdings weist das Bildungsministerium die militärische Universität Nueva Granada (gegründet 1982) als

welcher mit Einnahmen aus Lizenzgebühren sowie durch Abschaffung von Steuervergünstigungen für Kohlenwasserstoffe, Kohlebergbau und Wasserkraft finanziert werden soll. Zusätzlich bekommt die staatliche Erdölfirma Ecopetrol eine führende Rolle in dieser Übergangsphase zugewiesen, um die Versorgung mit Kraftstoffen, die das Land in den nächsten 15 Jahren benötigt, zu gewährleisten. Ecopetrol soll zusätzlich eine zentrale Rolle in der Petrochemie spielen sowie durch die gemeinsame Gründung eines Nationalen Institut für saubere Energie die Forschung und Entwicklung von Technologien für den Übergang zu sauberer Energie umfassend unterstützen. Schließlich ist vorgesehen, dass das Unternehmen bisher ungenutzte Steuern, Lizenzgebühren und Dividenden an den Staat abführen muss (Petro & Márquez, 2022: 16).

Sollen die wichtigen Rohstoffeinnahmen weiter garantiert werden, wird der Bergbau in Kolumbien ein strategischer Sektor bleiben, aber damit auch eine potenzielle Quelle sozialer Konflikte sein, die das Handeln der neuen Regierung schwächen kann. Weiteres Destabilisierungspotenzial liefert die Bauernbewegung, der die Justierung der Freihandelsabkommen und eine Politik der intelligenten Zölle versprochen wurde. Denn selbst wenn die Regierungen der USA, Kanadas und der Europäischen Union mit einer solchen Neujustierung einverstanden sind, kollidiert ein solches Vorhaben mit den Regeln der Welthandelsorganisation, die bei der Zollpolitik (einschließlich Agrarsubventionen) einen sehr

Exzellenzuniversität aus, was die engen Zusammenhänge zwischen Bildungssystem und Militär aufzeigt.

engen Spielraum lässt sowie mit Transnationalen Konzernen, die ihre Interessen verletzt sehen.

Darüber hinaus scheint die Absicht, ein elektrisches Eisenbahnnetz „auf der Grundlage der großen Fernverkehrslinien des Welthandels, die den Panamakanal ergänzen... sowie derjenigen, die von den Hochebenen in die Karibik führen“ (Petro & Márquez, 2022: 24) zu schaffen, unvereinbar mit dem Verzicht auf neue Staudämme zur Erzeugung von Energie aus Wasserkraft. Kolumbien wird auch in Zukunft darauf angewiesen sein, Energie aus Ecuador zu importieren oder aber durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und insbesondere von Gas diese Energie selbst zu produzieren. Beides konfliktiert mit dem Ziel, erneuerbare und saubere Energien zu fördern.

Angesichts der knappen Mehrheit der Präsidentschaftswahlen und der komplizierten politischen Kräfteverhältnisse im Zweikammersystem des kolumbianischen Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus) wird Präsident Petro zweifellos viele Erwartungen enttäuschen. Deshalb kann es sich der *Pacto Histórico* nicht leisten, Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

So wäre eine Spaltung vernichtend. Nichtsdestotrotz sind bereits die verschiedenen politischen Kräfte des *Pacto Histórico* uneinig: Die Anhänger eines sozial- und entwicklungsorientierten Staates fordern die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur und die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, ohne sich direkt auf soziale Bewegungen zu beziehen, die ihnen zum Wahlsieg verholpen haben. Die Anhänger, die Entwicklungspolitik prinzipiell ablehnen, fordern, den Extraktivismus komplett hinter sich zu lassen, vergessen aber, dass die von ihnen geforderten Politiken auch Ressourcen benötigen. Genau an diesem Widerspruch scheiterten die früheren progressiven Regierungen der Region zum Ende des letzten Rohstoffbooms. Angesichts eines sich abzeichnenden neuen Rohstoffbooms müssen

die beiden Seiten dieser instabilen Verteilungskonkordanz, die sich schließlich gegen die Elite in Kolumbien durchgesetzt hat, lernen, miteinander zu koexistieren, um zu überleben. Sie müssen „die verborgenen, verstreuten oder missbrauchten Ressourcen und Fähigkeiten mobilisieren und für Entwicklungszwecke gewinnen“, also das Geheimnis der Entwicklung finden, das Albert Hirschman (1958: 5) in den Jahren 1952-1956 in Kolumbien entdeckte.

Mit seinen Vorschlägen, die ökologische Landwirtschaft, die Cannabis-Agrarindustrie, die klein- und mittelständische Fischerei, den ökologischen Tourismus, die Kreislaufwirtschaft und die Entwicklung der digitalen Wirtschaft zu fördern, macht der *Pacto Histórico* Vorschläge, wie dieses Spannungsverhältnis bearbeitet werden kann. Aber über die systematische Förderung bereits vorhandener Fähigkeiten und die Versöhnung widersprüchlicher Ideen hinaus ist es notwendig, hinreichend politischen Einfluss zu gewinnen, mit dem es möglich wird, Diversifizierung und Steuergerechtigkeit zu fördern, um die Dynamik zwischen Umverteilung und technologischem Fortschritt zu verknüpfen und dem utopischen Horizont eines „guten Lebens mit all den Diversitäten der Nation“ (Petro & Márquez, 2022: 6) näher zu kommen.

Die Reformen, die, wie der zukünftige Präsident völlig zu Recht sagte, „im ersten Jahr oder gar nicht“ durchgeführt werden, erfordert eine kohärente Zielsetzung und ein klares Vorgehen. Utopischer Maximalismus muss vermieden werden. Stattdessen sollte mit dem Teil der Eliten paktiert werden, die durch den eingeschlagenen Weg profitieren. Gleichzeitig sollte der politische Druck der sozialen Bewegungen nicht verloren gehen, um Räume zu erobern und zu besetzen, die „dauerhafte Bedingungen für einen großen Frieden schaffen, der der gesamten kolumbianischen Gesellschaft eine zweite Chance auf Erden ermöglicht“ (Petro & Márquez, 2022: 6).

## Literatur

- Banco de la República (2022). *Boletín de indicadores económicos*, 28. Juni 2022, <https://www.banrep.gov.co/sites/default/files/paginas/bie.pdf>
- Bárcena, A. y Prado, (2016). *El imperativo de la igualdad. Por un desarrollo sostenible en América Latina y el Caribe*. Buenos Aires: Siglo XXI Editores Argentina, <https://dds.cepal.org/redesoc/publicacion?id=4327>
- Caballero, C. & Bitar, S. (2016). The Liberal Rarity of South America: Oil and Mining Policy Reform in Colombia in the 2000s. En P.A. Haslam y P. Heidrich (eds.), *The Political Economy of Natural Resources and Development. From Neoliberalism to Resource Nationalism* (pp. 121-140). New York: Routledge.
- CEPAL (2018). *La ineficiencia de la desigualdad*. Santiago: Naciones Unidas.
- (2021). *Panorama social de América Latina y el Caribe 2021*. Santiago: CEPAL.
- (2022a). *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe*. Santiago: CEPAL.
- (2022b). *Panorama Fiscal de América Latina y el Caribe. Desafíos de la política fiscal para un desarrollo sostenible e inclusivo*. Santiago: CEPAL.
- De Felipe, J., Kumar, U. y Galope, R. (2014). Middle-Income Transitions: Trap or Myth? *ADB Economics Working Papers Series*, 431.
- Faguet, J.P, Sánchez, F. & Villaveces, M.J. (2016). The Paradox of Land Reform, Inequality and Local Development in Colombia. *Econostor Working Paper Series*, No. 17-181.
- Heller, P. (2005). El espacio fiscal. *Finanzas y Desarrollo*, 42(2): 32-33.
- Hirschman, A.O. (1958). *The Strategy of Economic Development*. New Haven, Yale University Press.
- Izquierdo, A. y Pessino, C. (2020). Limited Redistributions Through Fiscal Policies. in M. Busso y J. Messina (eds.), *The Inequality Crisis. Latin America and the Caribbean at the Crossroads* (pp. 279-310). Washington: Inter-American Development Bank.
- Ocampo, J.A. & Porcile, G. (2020). Latin American Industrial Policies: A Comparative Perspective. in A. Oqubay et al. (eds.) *The Oxford Handbook of Industrial Policy*. Oxford Handbooks (pp. 811-814). Oxford: Oxford University Press.
- OECD et al. (2022). *Revenue Statistics in Latin America and the Caribbean 2022*. París, OECD Publishing. <https://www.oecd.org/ctp/revenue-statistics-in-latin-america-and-the-caribbean-24104736.htm>
- Oxfam (2017). *Radiografía de la desigualdad. Lo que nos dice el último censo agropecuario sobre la distribución de la tierra en Colombia*. Oxfam América. <https://www.oxfam.org/es/informes/radiografia-de-la-desigualdad>
- Petro, G. & Márquez, F. (2022). *Colombia Potencia Mundial de la Vida. Programa de Gobierno 2022-2026*, <https://gustavopetro.co/descarga-programa-de-gobierno/>

---

# EXTRACTIVISM

---

## | The Project

The collaborative research project ***extractivism.de*** links the Universities of Kassel and Marburg. The project scrutinizes the extractivist development model and proposes new economic, political, and sociological conceptions of extractivism. It preliminarily focuses on Latin America and the Maghreb patterns. The project researches the conditions under which these patterns affect the persistence and transformative capacity of extractivism and its respective institutional settings. Finally, it explores how extractivism affects cultural processes and habitual routines and questions under what conditions and how far the development model extends into institution-building and social practice, i.e., everyday life.

The project aims to understand extractive societies not as deviants from the Western trajectory of development but in their own logic and their own particularities. The project, therefore, combines a strong empirical focus with theoretical work. It links both broad field research and data gathering of primary data and the qualitative and quantitative analysis of available secondary sources with a stringent transregional comparison. It develops methods in cross-area studies and investigates whether and why similar patterns of social change emerge in different areas and world regions despite significant cultural, social, or religious differences. Finally, the project intends to translate the findings for politics, society, and development cooperation.

Please visit [www.extractivism.de](http://www.extractivism.de) for further information.